Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie wieder einen neuen Newsletter von mir. Wir gestalten derzeit Politik in einem schwierigen Umfeld. Vieles ist im Umbruch und die Kapitalmarkt- und Wirtschaftskrise macht sich auch bei uns bemerkbar. Das konnten wir auch in dieser Woche bei der Vorlage der Beschlüsse der Landesregierung zum Haushaltsplanentwurf 2010 und zum Nachtragshaushalt 2009 feststellen.

Seit vergangener Woche habe ich eine neue Aufgabe in Hannover: Die CDU-Fraktion hat mich zu ihrem haushaltpolitischen Sprecher gewählt. Damit bin ich an zentraler Stelle in der Fraktion und im Fraktionsvorstand für die Koordination und die Vertretung unserer Finanz- und Haushaltspolitik und für die Leitung des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen zuständig.

In der vergangenen Woche hat das Plenum des Landtages getagt. Wir haben wichtige Beschlüsse, wie die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung oder auch zum neuen Schulgesetz gefasst. Die Finanzhilfe des Landes für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren wurde erheblich verbessert.

Damit haben wir noch vor der Sommerpause entscheidende Schritte auf den Weg gebracht.

Auch in diesem Newsletter weise ich ausdrücklich darauf hin, dass ich Ihnen selbstverständlich gerne für Rückfragen zur Verfügung stehe.

Ihr Reinhold Hilbers

Nachtragshaushalt 2009 und Haushaltsplanentwurf 2010 vorgelegt

Die Landesregierung hat den Nachtragshaushalt 2009 und den Haushaltsentwurf 2010 vorgelegt. Wir waren dem Ziel, 2010 ohne neue Schulden auskommen zu können sehr, sehr nahe. In den vergangen Jahren sind uns erhebliche Konsolidierungserfolge gelungen. So konnten wir durch konsequente Einsparungen, Verwaltungsmodernisierung und auch durch Steuermehreinnahmen die Nettoneuverschuldung von 3 Mrd. Euro auf 250 Mio. Euro senken. Die Kapitalmarkt- und Wirtschaftskrise macht uns nun leider einen Strich durch die Rechnung.

Das ist bitter: Waren wir doch unserem Ziel so nahe, Politik ohne neue Schulen zu gestalten. Nun ist für 2009 und 2010 jeweils eine Nettokreditaufnahme von 2,3 Mrd. Euro unausweichlich.

Die Steuerausfälle in Höhe von 3,7 Mrd. Euro in den nächsten beiden Jahren und die Aufwendungen, um die Konjunktur zu stützen, machen diesen Schritt erforderlich. Der Politik sind die Hände gebunden. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde mit dem Bund vereinbart, dass in Niedersachsen 1,3 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen über das normale Maß hinaus getätigt und vom Land unterstützt werden. Da diese Investitionen zusätzlich sein müssen, kann im Augenblick an den regulären Investitionen nicht gestrichen werden. Denn es macht keinen Sinn, konjunkturstützende Maßnahmen auf den Weg zu bringen und gleichzeitig an anderer Stelle entsprechende Streichungen vorzunehmen.

Die Beschlüsse zum Haushalt 2010 sind Bestandteil verantwortungsvoller Haushaltspolitik. Die Erhöhung der Neuverschuldung ist keine Dauerlösung sondern der Krise geschuldet. Bereits heute wird in der mittelfristigen Finanzplanung der Weg zum Haushalt ohne neue Schulden aufgezeigt. Das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden werden wir konsequent weiterverfolgen. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung 2003 haben wir die Nettoneuverschuldung um über 90 Prozent gesenkt. Wir sind dem Ziel einer Nettoneuverschuldung von null schneller nah gekommen als geplant. Kurz vor der Ziellinie hat uns nun die Krise zurückgeworfen. Wir werden aber weiter daran arbeiten, unser Ziel zu erreichen und haben es jetzt für 2017 im Visier.

V.i.S.d.P.: Reinhold Hilbers, Wahlkreisbüro, Bahnhofstraße 21 a, 48529 Nordhorn, Telefon: (0 59 21) 99 14 40

Das, was uns einmal gelungen ist, wird uns auch wieder gelingen.

Ohne die strikte Haushaltskonsolidierung der Vorjahre wären wir kaum in der Lage, wirksam der Krise entgegenzuwirken. Man stelle sich nur einmal vor, wir müssten die krisenbedingte Neuverschuldung von 2,3 Mrd. auf ein bestehendes Defizit von ca. 3 Mrd. (wie im Haushalt 2003 der SPD) aufsatteln. Eine unvorstellbare Neuverschuldung wäre das Ergebnis.

Wir werden in den nächsten Jahren zu weiteren strukturellen Einsparungen kommen müssen. Dazu wird es im kommenden Jahr umfangreichen Beratungen geben.

Niedersachsen ist in der Krise besser aufgestellt als andere Bundesländer. So haben wir bspw. deutschlandweit die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben. In der Arbeitslosenstatistik hat sich Niedersachsen im Ländervergleich vom 9. auf den 5. Platz vorgearbeitet. Zudem hatte Niedersachsen 2008 mit 1,7 Prozent das höchste Wachstum der Flächenländer. Das spricht für unsere solide Politik. Eine verantwortungsvolle und sparsame Haushaltpolitik wird das Markenzeichen dieser Regierungsmehrheit bleiben.

99 Tage vor der Bundestagswahl

In gut 90 Tagen findet die Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Die CDU in Niedersachsen wird diese Tage nutzen, um für die Wiederwahl von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und für ein gutes Ergebnis der CDU zu mobilisieren. Jeder Tag zählt, um die Menschen gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise für unsere Politik für Sicherheit, Wachstum und Beschäftigung zu begeistern. Wir haben uns viel vorgenommen, um in Niedersachsen einen großen Beitrag für eine klare bürgerliche Mehrheit im Deutschen Bundestag zu leisten.

Höhepunkt wird am 15. August der Landesparteitag der Niedersachsen-CDU in Hildesheim, mit der CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Bundesfamilienministerin, Dr. Ursula von der Leyen, dem stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, Ministerpräsident Christian Wulff und dem CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden David McAllister sein.

Ein Leitantrag des CDU-Landesvorstandes mit dem Titel "Den Norden stärken" soll vom Landesparteitag im August beschlossen werden. "In dem Antrag geht es um die Stärkung des niedersächsischen Mittelstandes und um die weitere Verbesserung der Infrastruktur in Niedersachsen. Nachdem in den 1960er bis 1980er Jahren vor allem die Straßen- und Schienennetze im Süden und Westen Deutschlands ausgebaut wurden, stand seit den 1990er Jahren verständlicher Weise der Osten im Mittelpunkt der Infrastrukturinvestitionen. Die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft führt zu einer Veränderung der Güter- und Verkehrsströme. Daher ist jetzt der Norden dran, beim Ausbau von Straßen- und Schienenverkehrswegen, Wasserstraßen und Häfen. Das gibt Impulse für eine wirtschaftliche Erholung in ganz Deutschland", so der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Ulf Thiele.

Nun gilt es für eine hohes CDU-Ergebnis und eine bürgerliche Mehrheit bei der Bundestagwahl, für die Durchsetzung niedersächsischer Interessen in Berlin und für ein starkes Team der Niedersachsen-CDU im Deutschen Bundestag zu kämpfen.

Kinderrechte in die Niedersächsiche Verfassung aufgenommen

Der Niedersächsische Landtag hat in der vergangenen Sitzungswoche mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündis 90/Die Grünen beschlossen, eine spezielle Regelung zu Kinderrechten in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen.

Die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung durch einen fraktionsübergreifenden Antrag ist ein wichtiger Meilenstein. Die bisher über viele Gesetze verteilten Regelungen zum Schutz und zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen werden ein unverrückbarer Bestandteil der Verfassung. Kinder und Jugendliche werden als eigenständige Personen das Recht auf Achtung ihrer Würde und auf eine gewaltfreie Erziehung haben.

Die bisherige Arbeit der CDU-Fraktion zum Thema Kinder und Jugendliche erfährt durch diese Verfassungsänderung eine wichtige Ergänzung. In diesem Zusammenhang ist die beispielhaft auf das Landesprogramm Familie mit Zukunft mit einem Volumen von 100 Mio. Euro und auf das in Vorbereitung befindliche Gesetz zum Einladewesen in Niedersachsen zu verweisen.

V.i.S.d.P.: Reinhold Hilbers, Wahlkreisbüro, Bahnhofstraße 21 a, 48529 Nordhorn, Telefon: (0 59 21) 99 14 40